

# Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3606—3698, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamteinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeiger-Preis: zum-Zahl 3 Pfennig, Familien-Anzeigen: zum-Zahl 20 Pfennig, Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Koestraße 22-26

10 Pf. [Anzahl] · Nr 546

MONTAG, 14. NOVEMBER 1932

ABEND-AUSGABE

## Bayens Werbereise

Kein Verfassungs-Diktat — Reichsreform nur mit den Ländern

Reichsanzler von Bayern hat heute der sächsischen Regierung den angekündigten offiziellen Besuch abgestimmt. Begleitet von Greßner von Berner, der Mittelsmann zwischen Berlin und den Länderregierungen, von Ministerialdirektor Mars und seinen persönlichen Referenten Ministerialrat Pfaff, traf der Kanzler heute in der achten Bayerntagsstadt in Dresden ein. Auf dem Bahnhof hatte sich der sächsische Ministerpräsident Schick mit einer großen Zahl höherer Beamten zum Empfang eingefunden. Die Begrüßung war wie immer zweifach: Rundgebungen für Bayern wechselten ab mit nationalsozialistischen Kundgebungen für Südde. Die Nationalsozialisten hatten einige hundert Parteigenossen dazu abkommandiert, vortrefflich auch um ihre Parteigenossen über die Niederlage bei den sächsischen Stadtverordnetenwahlen, hinauszuweisen, die einen neuen Abbruch der nationalsozialistischen Stimmen brachten.

Die eigentliche Begrüßung des Kanzlers fand im Ministerialgebäude statt, in Form einer Ansprache des Ministerpräsidenten an den Kanzler, in der auf die Wichtigkeit der Zusammenarbeit von Reich und Ländern hingewiesen wurde. Die sächsische Regierung sei zu dieser Mitarbeit bereit, auf der Grundlage, daß dem Reiche gegeben werde, was es zur Erhaltung seiner Autorität nach außen und innen brauche, daß aber den Ländern die Mitarbeit an Gesetzgebung und Verwaltung im Reich gewährleistet bleibe.

Der Reichsanzler wiederholte zunächst sein liberalfreies Gebären und erklärte, die tätige Mitwirkung der Länder bei der Lösung des Problems der Reichsreform sei eine Selbstverständlichkeit. Wenn auch in Zukunft sei die besondere Sorge der Reichsregierung sein werde, den Ländern unter genauer Abgrenzung der beiderseitigen Zuständigkeit die Mitarbeit an Gesetzgebung und

Berwaltung im Reich zu ermöglichen, werde es nicht weniger wichtig sein, die Autorität des Reiches und seiner Regierung nach innen und außen in vollen Umfang zu erhalten.

Sein Besuch in Sachsen falle in eine Zeit erheblicher wirtschaftlicher Störungen und damit naturgemäß verbundener starker sozialer Spannungen. Die letzte Hoffnung, die wir schon heute auf mündigen Gebieten des Reichsgebietes spüren, sei eine zarte Pflanze, die mit der Sorgfalt äußerster Vertrauens begibt und gepflegt, nicht aber mit dem mittelbösen Blick geprüfter Parteipolitik vertreten werden sollte. Die Reichsregierung werde dafür sorgen, daß der Gedankensprung über die Reichsfrage nicht durch Selbstgefahren des politischen Aufstieges gefährdet werde. Es sei mehr als je der Ansicht, daß nur vertrauensvolle Zusammenarbeit der Länder ihre grundgesetzlichen staatlichen und kulturellen Funktionen erhalten und dem Reich seine alte Kraft und Größe wiederbringen könne.

### Witwirkung der breiten Masse

Politisch bedeutamer waren die Ausführungen des Reichsanzlers beim Empfang der sächsischen Presse. Nach einer neuerlichen Betonung seiner föderalistischen Einstellung sagte Herr von Papen:

„Wenn wir von einer Reform unserer Verfassungsleben sprechen, haben wir niemals im Sinne gehabt, die Witwirkung des Volkes an den Geiseln des Landes in irgendeiner Weise auszunutzen, im Gegenteil wollen wir eine neue konstitutionelle Basis schaffen, die eine Mitwirkung der breiten Massen in der Regierung ermöglicht, damit wir über die jetzigen Zustände hinwegkommen. Diese neue Basis will die breitere Mitarbeit von Volk und Parteien, die ja der Ausdrucksfaktor der politischen Gefühns-Gemeinschaften sind. Was wir wollen, ist nur, den überflügten Parlamentarismus auszuscheiden, der nach dem Vorbild der weltlichen Demokratie eingeführt ist, die wie wir sehen, so manchen Umkehr in den letzten Jahren eingeleitet hat.“

So persönlich hat der Auffassung, daß durch alle Parteien eine weitgehende Übereinstimmung über die Ziele der Reichsreform geht. Denn die Befriedigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen und die Wiederherstellung einer neuen besseren konstitutionellen Basis ist ein Ziel, dem alle Parteien zustimmen. Es müßte möglich sein, auf ein solches Ziel eine breite Basis zu finden. Die Regierung ist mit sehr großer Ernst dabei, eine möglichst breite Basis für ihr Werk zu finden. Es ist nicht so, wie es manchmal hingestellt wird, als ob wir das nur nach außen hin betreiben, ohne es in Wirklichkeit zu wollen. Im Gegenteil, es wird ja geradehin gesagt, man macht nicht alles verheimlichen, wir auf ein großes Ziel der Außen- und Innenpolitik eine breite Basis zu finden.

Die innere und äußere Lage des Reiches ist außerordentlich ernst. Es besteht eine weite Gemeinsamkeit der Ziele in der auswärtigen Politik, und es kann eine Gemeinsamkeit der Ziele in der inneren Politik hergestellt werden. Was uns nützt, ist nicht ein Streit um Personalfragen, denn die dürfen keine entscheidende Rolle spielen. Was uns nützt, ist die Einigkeit im Ziel und im Willen, aus dem Zustand der jetzigen und wirtschaftlichen Schwäche herauszukommen.“

### Anfragen und Antworten

**Eine Anfrage, ob die Möglichkeit bestehe, daß dem Reichspräsidenten für die Durchführung der Verfassungsreform andere als die in der Verfassung vorgesehenen gesetzlichen Wege vorgeschlagen werden müßten, beantwortete der Reichsanzler wie folgt:**

„Auf eine Anfrage über Neugestaltung Mitteldeutschlands erwiderte er, es gäbe im Augenblick wichtige Fragen.“

Auf eine Anfrage, welche Maßnahmen die Regierung zur Deckung des 800-Millionen-Defizits der Reichsfinanzen treffen werde, erklärte der Kanzler, er wolle dem Reichsfinanzminister nicht vorgehen.

### Im Vordergrund die Wirtschaft

Die wichtigste Aeußerung des Reichsanzlers in Dresden ist die, daß die Reichsregierung nicht die Bildung einer dem Reichspräsidenten unterstellten die Durchführung einer neuen Verfassung vorzuschlagen. Es ist zu beachten, daß der Reichsanzler in seiner Erwiderung an den Ministerpräsidenten von der Verfassungsreform selbst kaum gesprochen hat, die offenbar zunächst mehr in den Hintergrund tritt. Er hat auf die Notwendigkeit der Reichsreform hingewiesen und nach dem, was bei früheren Gelegenheiten betont, daß die Reichsreform nur in enge Zusammenarbeiten mit den Ländern durchgeführt werden soll. Am ausführlichsten hat der Kanzler

## Hitler-Rückgang verstärkt sich

Das Ergebnis der Wahlen in Lünebeck und Sachsen

Am gestrigen Sonntag haben in Lünebeck und in Sachsen Wahlen stattgefunden; in Lünebeck zur Erneuerung des Stadtparlaments, das seit 1920 bestand, in Sachsen zur Erneuerung der Gemeindevorstellungen.

Überall hat sich die Entwicklung, die sich schon bei den Reichstagswahlen vom 6. November bemerkbar machte, in veränderter Form fortgesetzt: Hauptverlierer sind die Nationalsozialisten, die überall weit mehr als um den Rückgang der Wahlbeteiligung abnahmen, stellenweise um mehr als 25 v. H. in einer Woche! Zurückgefallen sind, wenn auch überall in mäßigem Umfang, die Sozialdemokraten, während die Kommunisten entweder so gut wie gar nichts verloren, oder sogar noch kleine Gewinne erzielten. Erfolgreich erzielten auch kleinere bürgerliche Gruppen, wie die Christlich-Sozialen, die Volkspartei und auch die Staatspartei, ein Bemerkenswertes Wähler bei den Reichstagswahlen nur aus der Furcht heraus, daß ihre Stimme verloren gehe, für die Massenparteien gesplittet haben.

Wie fast der Rückgang der Nationalsozialisten ist, zeigt sich am besten, wenn die Ziffern vom 31. Juli noch hinzugefügt. Dann ergibt sich in einigen repräsentativen Städten folgende Entwicklung:

	13. November	6. November	31. Juli
Lünebeck . . . . .	27 700	31 600	36 000
Leipzig . . . . .	101 000	128 600	142 000
Dresden . . . . .	104 000	134 000	150 000
Chemnitz . . . . .	70 000	80 000	89 000
Blauen . . . . .	27 000	33 700	34 500

Die Fallgeschwindigkeit des Absturzes nimmt demnach rapide zu. Daß dieser Rückgang nicht nur absolut, sondern auch relativ ist im Vergleich zu den anderen Parteien, zeigen Ergebnisse wie in „Blauen“, wo die Nationalsozialisten nach am 6. November fast genau 50 Prozent aller Stimmen erhielten (Blauen war von jeher eine besondere Stützpunkt der Nationalsozialisten), während es am 13. November nur noch 43 Prozent waren; sieben Prozent weniger in einer Woche! In Leipzig, Dresden und Chemnitz haben dementsprechend auch die „marxistischen“ Parteien die Mehrheit erobert.

So bedeutsam der Rückgang der Nationalsozialisten ist, so unerfreulich ist das Ergebnis der Wahlen im ganzen. Es gibt in Sachsen kaum noch eine Gemeindevorstellung, die mit arbeitsfähiger Mehrheit, so stehen zum Beispiel in Dresden Stadtparlament 50 Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gegen 18 Bürgerliche der verschiedenen Stimmrichtungen, die sich auf sieben Parteien verteilen. In Leipzig 59 gegen 14 Bürgerliche, in Chemnitz 51 gegen 10.

(Siehe auch 3. Seite.)

## Fiasko der Saarfranzosen

Ein Vorspiel der Volksabstimmung

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung  
SAARBRÜCKEN, 14. NOVEMBER

Das Saargebiet hat am Sonntag zum letzten Mal im Rahmen der Weimarerregierung seine Gemeindevorstellung gewählt. Die Kommunisten sind in der Stadt Saarbrücken und in einer Reihe anderer Städte zur zweifachen Mehrheit geworden, neben dem Zentrum, das im allgemeinen trotz des Anwachsens des Links- und Rechtsradikalismus seinen Befehlstand behaupten konnte und in zahlreichen Gemeinden wie auch in einigen Reichsparlamenten noch immer über die absolute Mehrheit verfügt.

Die Erfolge des Kommunismus gehen in der Kaufleute auf Kosten der Sozialdemokratie, während die Gewinne der Nationalsozialisten, die in den meisten Gemeinden zum ersten Male ins Parlament einzögen, durchweg auf Verluste der rechtsbürgerlichen Gruppen (Volkspartei, Deutschnationalen und Wirtschaftspartei) zurückzuführen sind.

Politisch bedeutsam, namentlich mit Rücksicht auf die nach dem Friedensvertrag für das Jahr 1935 vorgesehene Volksabstimmung im Saargebiet, ist die schwere Niederlage der von den fröhlichsten Weimarerangehörigen und einem kleinen separatistischen Saarländer geführten, sogenannten „Arbeitsfähigen Arbeiter- und Bürgerpartei“. Die Niederlage dieser „Franzosenliste“ war zu erwarten. Daß sie aber so katastrophal ausfiel, hatte man nicht hoffen können. Von insgesamt 500 000 Wahlberechtigten erhielten die Saarbrücker kaum 1000 Stimmen und damit 7 von 418 Gemeindevorstellern.

In der Stadt Saarbrücken erhielten (in Klammern das Wahlergebnis vom 1928): Zentrum 10 887 (18 832), C. S. D. 4930 (8777), Deutsch-Saarländische Volkspartei 3934 (8178), Wirtschaftspartei 3680 (5262), Deutschnationalen 1479 (2440), Kommunisten 8286 (6943), Kommunistiche Doppelliste 900 (—), Nationalsozialisten 5288 (1103).